

An die kommunalen Stadt- und Gemeindvertretungen mit der Bitte um entsprechende Weiterleitung

**Offener Brief
an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden des
Kreises Pinneberg
sowie die Fraktionen in den kommunalen Parlamenten**

Betr.: Finanzgebaren des Kreises

Zur Kreistagssitzung am 21.02.2006 liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vor, die „Pinneberger Kommunale Service Agentur“ (PKSA) weiter fortzuführen und bereits laufende Verkaufsverhandlungen einzustellen.

Die PKSA soll im Auftrag der ARGE (der Arbeitsgemeinschaft des Kreises und der Bundesagentur für Arbeit) nach dem SGB II Arbeitslose wieder in Arbeit bringen.

Die PKSA ist 2004 aus der BQG hervorgegangen und hat deren aufgehäufte Schulden von 850.000 € übernommen. In den Folgejahren war auch die PKSA nur mäßig erfolgreich und hat weitere Schulden verursacht. Das jetzige Gesamtdefizit beläuft sich auf ca. 1,6 Mio. €. Laut Kreiserwaltung „erwirtschaftet“ die PKSA jeden Monat rund 40.000 € Verlust. Schon im vorigen Jahr musste der Kreistag eine s.g. „Patronatserklärung“ abgeben, da sonst der Geschäftsführer die sofortige Insolvenz hätte anmelden müssen. Im Zuge dieser Entscheidungen war man übereinstimmend der Ansicht, dass ein Verkauf der PKSA dringend erforderlich sei. Der Kreistag fasste einen entsprechenden Beschluss.

Nunmehr ist die Mehrheitsfraktion der Ansicht, dass der Kreis weiter eine eigene Arbeitsmarktpolitik betreiben müsse, obwohl mehr als 15 Wettbewerber zusammen mit der ARGE sich um die Langzeitarbeitslosen im Kreis bemühen. Im übrigen hat die ARGE im Jahre 2006 rund 3.600 Langzeitarbeitslose in versicherungspflichtige Beschäftigung gebracht, - die PKSA ganze 22 (für rd. 400.000 € p.a. soweit die PKSA sie nicht bei sich selbst angestellt hat!).

Nach den Jahre andauernden Fehlentscheidungen zur WEP, die im Ergebnis mehr als 15 Mio. € gekostet haben, eröffnet sich nun ein weiteres Feld, bei dem auch die Städte und Gemeinden (wieder) erheblich zur Kasse gebeten werden. Wie Ihnen bekannt ist, beträgt die aktuelle Kreisumlage 37,75 %. Dadurch erhält der Kreis rund 79 Mio. €, das sind rund 1/3 der Einnahmen des Kreises. Dies wiederum bedeutet, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit 5 Mio. € an den Verlusten der WEP beteiligt wurden und mit rund einer halben Mio. € an den Verlusten der PKSA. Zukünftig sollen die Gemeinden monatlich rund 13.000 € für die PKSA aufbringen.

Es ist wohl nur ein seltsamer Zufall, dass auf der gleichen o.g. Sitzung des Kreistages unter Tagesordnungspunkt 17 die „Einleitung des Beteiligungsverfahrens zur Erhöhung der Kreisumlage beschlossen werden soll“.

Aus unserer Sicht ist dies alles so nicht hinnehmbar und müsste nach unserem Verständnis, auf massiven Widerstand der „kommunalen Familie“ stoßen. Unser Ansinnen ist es daher, dies in Ihren Gremien zum Thema zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Pinneberg, d. 20.02.2007

Matthias Scheffler
FDP-Kreisvorsitzender und
stellv. FDP-Fraktionsvorsitzender im Pinneberger Kreistag